

Antrag Nr. 3

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 169. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25. 10. 2017**

Den Angriffen auf AK, Gewerkschaft und KV die Stirn bieten!

In sattsam bekannter Tradition fahren die FPÖ und Neos (sekundiert von Kräften rund um Sebastian Kurz) gerade einen erneuten Frontalangriff auf die Arbeitenden und ihre Institutionen.

Hinter der gerittenen Attacke auf die gesetzliche Mitgliedschaft der Beschäftigten in der Arbeiterkammer steckt nicht weniger als eine rigorose Eindämmungs- bis Zerschlagungsabsicht gegenüber den gewerkschaftlichen Institutionen der österreichischen Arbeiterbewegung.

Gepaart um das Ansinnen der Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer bedeutete dies den Einstieg in die Zertrümmerung der rund 98%igen Kollektivvertrags-Abdeckung in Österreich. Denn jene beruht (neben dem im internationalen Vergleich nach wie vor hohen Organisationsgrad des ÖGB) nicht zuletzt auf eben dieser gesetzlichen Mitgliedschaft.

Schon Straches geistiger und politischer Ziehvater Jörg Haider versuchte dereinst, in Punzierung der in Österreich etablierten gesetzlichen Mitgliedschaft als „Kammerzwang“, die Aushebelung der AK, flankiert noch um das Betreiben der „FGÖ“ als gegen den ÖGB gerichtete gelbe rechts-außen FP-Gewerkschaft außerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Während die „FGÖ“ wieder im Orcus der Geschichte verschwunden ist, haben die Beschäftigten des Landes die Attacke auf die Arbeiterkammer 1996 in einer Urabstimmung mit einem 91%igem Votum für die AK als ihrer gesetzlichen Interessenvertretung abgeschmettert.

Zwei Dekaden danach blasen die blauen Mannen – flankiert von pinken Offensiven – nun erneut zum Marsch. Entsprechend sekundierte denn auch der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Bernhard Themessl 2016 der schwellenden Attacke auf das KV-System und fragte unverblümt: „Warum halten wir noch an Kollektivverträgen fest?“ In trautem Einklang mit der seitens der aggressivsten Kapitalfraktionen gerittenen Attacke auf die KV-Landschaft findet es auch der blaue Parlamentsrecke „sinnvoller“, diese im Interesse des Kapitals umzupflügen und anstelle von KVs Betriebsvereinbarungen zu setzen. Freilich, auf dieser Ebene – so die Rechnung – sollte u.a. etwa schon die bloße Drohung der Standortverlagerung genügen, um die Beschäftigten gefügig zu machen und die Gegenmacht der Gewerkschaften einzudämmen, ja zu brechen. Eine Absicht, die auf den zweiten gewerkschaftspolitischen Pfeiler im Land bezogen, 2015 wiederum auch für die

parlamentarische Initiative einer Halbierung der AK-Umlage unter Ägide des Dritten Nationalratspräsidenten und späteren blauen Bundespräsidentenskandidaten Norbert Hofer kennzeichnend war. Am besten aus Sichtwinkel der rechtsextremen Handlanger des Kapitals wäre es natürlich, die AK einfach zu zerschlagen. Für's Erste zielt man dabei auf ihre finanzielle Aushungerung ab - was aufgrund ihre Palette an Aufgabestellungen (von breit gelagerten Expertisen, über Gesetzesbegutachtungen, einem vielfältigen Beratungsangebot, zu Rechtsschutz bis hin zu Konsumentenschutzagenden) einer regelrechten Amputation gleichkommt. Das unter dem Deckmantel der „Umlagehalbierung“ geführte Skalpell gegen die AK heißt in Wirklichkeit, ihr das Messer an den Hals zu setzen. Sämtliche Gelüste nach einer Umwandlung in eine „schlanke Interessensvertretung“ kommen einer kompletten Aushungerung gleich.

Die unabdingbare breite Verteidigung der AK gegen derartige Absichten, sowie die Dammsetzung gegen Unterlaufungs- und Aushebelungsversuche des bis dato noch gut etablierten Kollektivvertragssystems in Österreich, kann allerdings nur gegen den Strich gebürstet, als fälschliches, vermeintliches Votum aller gewerkschaftlichen Kräfte und Kräfte der Arbeiterbewegung für die „Sozialpartnerschaft“ in eins gesetzt und uminterpretiert werden. Beides sind in Wirklichkeit zwei Paar, genau zu unterscheidende, Schuhe. So unnachgiebig wie die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung gegen Angriffe von „oben“ und/oder „rechts-außen“ bzw. gegen die Speerspitzen des Neoliberalismus verteidigen, so wenig liegt darin eine Verteidigung der gewerkschaftlichen „Symbiose“ mit dem Kapital. Genauso wenig heißt dies eine Verteidigung der „sozialpartnerschaftlichen“ Unterordnung der Gewerkschaften und ihrer Integration in den bestehenden Herrschaftsmechanismus, in dessen Rahmen sie aus einem Kampfinstrument und Organ der konsequenten Interessensvertretung der Arbeitenden mehr und mehr zu einem „Ordnungshüter“ des kapitalistischen Systems geworden sind.

Dergleichen gilt es sich auch, der umstandslosen wie unkritischen Gleichsetzung des viel gepriesenen heimischen „Verhandlungswegs“ hinter verschlossenen Türen mit „Verhandlungen“ schlechthin zu verwehren; so als ob kämpferische Auseinandersetzungen nicht auch in „Abschlüssen“ einmünden und es in kämpferischeren Abschnitten der Geschichte Österreichs oder in Ländern mit ausgeprägten gewerkschaftlichen Kampftraditionen keinerlei darin mitbetriebener Formen von „Verhandlungen“ gab oder gäbe.

Dass an die Stelle einer kämpferischen Interessenspolitik in Einbeziehung und Mobilisierung der Werktätigen so eine „Stellvertreterpolitik“ des „Ringens am grünen Tisch“ trat, dessen Einigungen und Verhandlungsabschlüsse als „denkbar bestes Ergebnis“ zu gelten haben, ließ die Gewerkschaften nicht nur hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben – viel schwerer noch wiegen die ideologischen und politischen Folge- und Langzeitschäden der „Sozialpartnerschaft“:

Die Verschleierung des Klassengegensatzes und der Herrschaftsverhältnisse, die „Entideologisierung“ und Entpolitisierung sowohl der Gewerkschaftsbewegung wie Masse der arbeitenden Menschen, ein nur schwach ausgeprägtes Klassenbewusstsein der ArbeiterInnen und Angestellten im Land, eine bloß rudimentäre Einsicht der Werktätigen in ihre Kraft, damit einhergehend Einzug haltende Tendenzen der Entsolidarisierung, Politikverdrossenheit und Apathie, unzureichende gewerkschaftliche Aktionen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, im internationalen Kontext vergleichsweise dürftige Mobilisierungen und Mobilisierungsfähigkeit der Beschäftigten, ein kontinuierlicher Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, sowie ein basaler politischer und strategischer Autonomieverlust der Gewerkschaftsbewegung und das Verlorengehen einer jedweden systemüberwindenden Alternative zur Profit-Logik.

Die längerfristige Rechnung der „sozialpartnerschaftlichen“ Orientierung des ÖGB und der AK und ihres gewerkschaftlichen Integrationismus ins System, wird uns denn auch heute

seitens des Kapitals und seiner aggressivsten politischen Vertreter präsentiert. Im Windschatten der devoten „Partnerschaft“ mit dem Kapital haben sich die Klassenkräfteverhältnisse wie auch die politischen Kräfteverhältnisse *in* und *um* die „Sozialpartnerschaft“ drastisch zugunsten des Kapitals und offen gewerkschaftsfeindlicher Kräfte verschoben, die ihrerseits zu einem immer konfrontativer geführten Klassenkampf „von oben“ übergegangen sind. Die Zeiten der „Zugeständnisse“ und „sozialpartnerschaftlichen Kompromisse“ am „Verhandlungstisch“ sind denn auch vorbei. Mehr noch: Heute erfordert selbst die Verteidigung der historisch in harten Kämpfen erfochtenen Errungenschaften und der später zugefallenen Brosamen den entschiedenen Klassenkampf seitens der Gewerkschaften. Und das gilt natürlich umso mehr für alle vorwärts weisenden Verbesserungen der Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeitenden, sowie für eine soziale Wende der Verhältnisse.

Trotz dahingehend teils konträrer Einschätzungen und Auffassung liegt angesichts der massiven Angriffe auf die Institutionen der Arbeitenden und die Kollektivvertragssysteme in Österreich das Gebot der Stunde darin, sie gemeinsam und unnachgiebig zu verteidigen.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Die AK Wien weist jegliches Rütteln an der gesetzlichen Mitgliedschaft in den Kammern auf das Entschiedenste zurück und stellt sich diesen Ansinnen mit Nachdruck entgegen!*
- *Die AK Wien wird mit all ihren Möglichkeiten gegen sämtliche Aushungerungsversuche mittels einer Reduzierung der Kammerumlage protestieren!*

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------